

SBB's Steel Markets Europe 2009

*Kurzfassung des Vortrages von Hans Jürgen Kerckhoff am 03.06.2009,
Präsident und Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Stahl,
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh*

1. Stahlstandort Deutschland – ein Rückblick

Beim Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigen sich eindrucksvolle Steigerungsraten der globalen Marktversorgung, z. B. von 2002 bis 2008 um jährlich 6,3 Prozent (Bild 1). Die Industrialisierung in den Schwellenländern, z.B. in Asien, aber auch eine verstärkte Investitionstätigkeit und die Suche nach nachhaltigen Werkstoffen in den entwickelten Ländern haben ganz wesentlich die weltweite Nachfrage getrieben. Auch die Stahlbranche in Deutschland war Teil dieser Entwicklung (Bild 2). Bis zum dritten Quartal 2008 erlebte sie die wachstumsstärkste Zeit seit den 70er Jahren. Die Marktversorgung stieg in Deutschland zwischen 2002 und 2008 jährlich um mehr als 3,1 Prozent, in der Europäischen Union waren es etwas mehr als zwei Prozent, während in Japan und den USA die Nachfrage in diesem Zeitraum nur stagnierte bzw. sogar rückläufig war.

Die gute Entwicklung auf dem deutschen Stahlmarkt ist auch das Ergebnis der Tatsache, dass Deutschland sich im Vergleich zu vielen anderen Ländern einen kräftigen und gesunden industriellen Kern erhalten hat (Bild 3). Seit Mitte der neunziger Jahre konnte die Industrie in Deutschland sogar wieder Boden gut machen. So ist der Industriestandort in der Lage, an der Spitze industrieller Entwicklungen mitzulaufen und die Zukunft zu gestalten.

Dies ist ein Ausdruck der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der industriellen stahlbasierten Wertschöpfungsketten in Deutschland (Bild 4). Stahlverarbeiter und Stahlhersteller haben nicht zuletzt durch die Erfolge am Weltmarkt gezeigt, dass Wachstum auch in traditionellen Industriebranchen möglich ist. Allein in Deutschland gehen jährlich ca. 41 Millionen Tonnen Stahl in die verschiedenen Branchen. Diese Wertschöpfungsketten bilden das Rückgrat des Industriestandorts Deutschland und waren zugleich auch der Motor für das starke gesamtwirtschaftliche Wachstum in den letzten Jahren. Die Stahlindustrie in Deutschland hat sich nach harten Jahren der Restrukturierung und Konsolidierung wettbewerbsfähig aufgestellt. Das enge Netzwerk umfasst auch den Bereich Forschung und Entwicklung, Universitäten und Institute, die industrielle Innovationen vorantreiben.

Diese Faktoren bestehen fort – auch in Zeiten der Krise. So hat die Krise zwar die konjunkturellen Rahmenbedingungen verändert, die spezifischen Stärken unserer Branche in Deutschland bleiben jedoch bestehen.

2. Zur aktuellen Situation auf dem deutschen Stahlmarkt

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die Stahlmärkte heute fest im Griff. Die Industrieproduktion und das Bruttoinlandsprodukt sind im ersten Quartal vor allem aufgrund des Wegbruchs der Exporte - mit der Ausnahme von Japan - in keinem anderen Land der OECD so stark gesunken wie in Deutschland.

Dies kann nicht ohne Auswirkung für den Stahlmarkt sein. Wie auch in den anderen Teilen der Welt ist die Stahlnachfrage seit dem Herbst abgestürzt, allein um knapp 60 Prozent im ersten Jahresviertel. Die Produktion wurde in nie gekannter Weise zurückgefahren. Sechs von insgesamt 15 Hochöfen in Deutschland sind vorübergehend stillgesetzt. Die anderen arbeiten mit verminderter Auslastung. Die Rohstahlproduktion ist im ersten Jahresdrittel um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr abgerutscht.

Auch für die kommenden Monate bleiben die Aussichten für den Stahlmarkt in Deutschland weiterhin gedämpft. Dies vor allem auch deshalb, weil die Bankenbilanzen noch immer belastet sind. Wirtschaftliche Aktivität wird daher weiterhin durch Finanzierungsprobleme gebremst. So zeigen die neuesten Umfragen der deutschen Bundesbank, dass die Banken in Deutschland ihre Kreditvergabekonditionen zu Beginn des zweiten Quartals, anders als in den USA und in der EU insgesamt, weiter verschärft haben (Bild 5). Auch belegen Umfragen seitens des Münchner ifo-Instituts, dass die Kredithürden, insbesondere für große Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im April noch einmal gestiegen sind. Hinzu kommt das restriktive Verhalten der Warenkreditversicherer, die Ausfallgarantien häufig ohne Einzelfallprüfung, gekürzt oder zum Teil sogar gänzlich zurückgezogen haben. Ein mögliches Ausfallrisiko wird damit zunehmend auf die Stahlhersteller und ihre Abnehmer übertragen.

Hinzu kommen die massiven Belastungen durch die Rohstoffkosten, die aus 2008 noch fortbestehen und die sich auch trotz der jüngsten Preisrückgänge immer noch über dem hohen Niveau von 2007 bewegen werden. Eine erhoffte deutlichere Entlastung auf der Rohstoffseite bleibt somit vorerst aus.

Gleichwohl, es gibt zurzeit auch Anzeichen, die wieder etwas mehr Raum für Zuversicht geben. So ist in Deutschland die Industrieproduktion im März zuletzt nicht weiter gefallen. Die Auftragseingänge haben sogar wieder leicht zugelegt. In den Konjunkturumfragen für die wichtigsten Stahlverarbeitenden Branchen sehen die Unternehmen wieder etwas optimistischer in die Zukunft. Dies jedoch auf der Grundlage eines historisch vergleichbar niedrigen Levels. In welchem Umfang sich Hoffnungswerte, z. B. im Hinblick auf Wirkungen von Konjunkturprogrammen hier widerspiegeln, wird die Zukunft zeigen.

Auch auf dem deutschen Stahlmarkt bemerkt man vorsichtige Anzeichen einer Veränderung. So sind die Auftragseingänge zuletzt im März und April saisonbereinigt um 20 Prozent gegenüber dem Zeitraum Januar-Februar, gestiegen, wenn auch ausgehend von einem außerordentlich niedrigen Niveau. Diese Aufwärtsbewegung wird sich auch im Mai fortsetzen. Zudem scheint auch der dämpfende Einfluss des Lagerzyklus zumindest geringer zu werden. Es gibt daher Raum für Zuversicht, dass sich die Lage auf dem deutschen Stahlmarkt nach der Sommerpause wieder etwas verbessern könnte.

Realismus bleibt jedoch trotzdem geboten: Anzeichen für eine nachhaltige Trendwende gibt es zurzeit nicht (Bild 6). Auch kann niemand abschätzen, wie lange die Weltwirtschaftskrise dauert und wann sich die Lage auf dem Stahlmarkt wieder normalisieren wird. In diesem Jahr werden die Zahlen in jedem Fall dramatisch ausfallen. Selbst bei einer spürbaren Aufwärtsbewegung im zweiten Halbjahr würde

die Rohstahlproduktion in Deutschland noch immer deutlich unter 25 Prozent des Vorjahresniveaus auskommen. Dies wäre dann das niedrigste Niveau seit den 60er Jahren.

3. Einige Herausforderungen für den Weg aus der Krise

Die Stahlindustrie in Deutschland und in der EU besteht nahezu vollständig aus privatwirtschaftlich geführten Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten (Bild 7). Die derzeit geringe Kapazitätsauslastung erfordert ein hohes Maß an Flexibilität von den Unternehmen, um sich den veränderten Marktverhältnissen anzupassen. Die Aufgabe ist nun, auch bei geringerer Auslastung der Anlagen wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Dafür sind die Werke heute in einer besseren Verfassung als noch vor Jahren. Dank auch der am Anfang erwähnten tiefen Restrukturierung und Konsolidierung. Die Diskussionen um Überkapazitäten, wie wir diese in den 80er Jahren geführt haben, liefern kaum historische Erfahrungswerte für die Lösung der Aufgaben von heute.

Vielmehr muss das Augenmerk auf die ineffizienten Stahl-Kapazitäten gelenkt werden, die gegen den Markt vom Staat oder öffentlichen Institutionen aufrecht erhalten werden, und zwar schon lange vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie stehen jedoch nicht nur gegen den Markt, sondern auch entgegen unseren ökologischen und gesellschaftlichen Interessen.

Die chinesische Stahlindustrie befindet sich fast ganz in staatlicher Hand. Das Regulativ des Marktes ist hier weitgehend ausgeschaltet

Ein Ergebnis ist, dass nach Angaben des chinesischen Stahlverbandes allein 40 Prozent der gesamten Produktion von unter marktwirtschaftlichen Bedingungen kaum lebensfähigen kleinen und mittleren Unternehmen hergestellt werden. Dies geschieht zum Teil unter katastrophalen Umweltbedingungen.

Schon allein aus Umweltgesichtspunkten müssen dort technisch völlig veraltete Anlagen stillgelegt werden. Würde die chinesische Stahlindustrie alle Hochöfen auf deutschem Niveau fahren, ließen sich 45 Mio. Tonnen Koks bzw. 142 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr einsparen. Das wäre fast ein Drittel der gesamten Emissionen der deutschen Industrie bzw. mehr als das Doppelte dessen, was die gesamte Stahlindustrie in Deutschland jährlich emittiert.

Zudem könnte eine Konsolidierung den unkontrollierten und den Binnenstahlbedarf übersteigenden Kapazitätsausbau unterbinden. Die möglichen ineffizienten Kapazitäten Chinas könnten sich in diesem Jahr mit über 200 Mio. Tonnen auf etwa die Höhe der gesamten in der EU produzierten Stahlmenge belaufen (Bild 8).

Bei der jüngsten Steigerung der Stahlproduktion in China ist zu bezweifeln, dass es sich hierbei um eine nachhaltige Erholung des chinesischen Marktes handelt. Das chinesische Konjunkturprogramm kann die Strukturprobleme auf dem chinesischen Markt nur kurzfristig kaschieren.

Eng mit dieser Entwicklung verbunden ist eine andere zentrale Herausforderung für die Stahlindustrie. Die Rede ist von einer drohenden Wiederkehr des Protektionismus. Betrachtet man die Welt-Stahlexporte in den letzten Jahren, so hat sich die Menge um das 2,5-fache erhöht (Bild 9). Nicht nur aus Interesse der exportorientierten

Branchen, auch die Stahlindustrie braucht grundsätzlich offene Märkte und faire Handelsbedingungen.

Umso dramatischer ist, dass die wichtigste Industrienation mit dem Ruf „Buy American“ die Botschaft ausgesandt hat, dass Marktabschottung ein taugliches Mittel zur Krisenbewältigung sein könnte. Nachahmungseffekte rund um den Globus sind die fast unvermeidbare Folge.

Dies zeigt sich deutlich, betrachtet man die aufkeimenden handelspolitischen Barrikaden zur Abschottung der eigenen Märkte. In der Tat haben gerade im Stahlbereich eine Reihe von Staaten – vor allem solche im asiatischen Raum einschließlich Russlands und der Türkei – damit begonnen, Einfuhrbarrieren zu errichten. Neben „buy national“ sind Einführung bzw. Erhöhung von Einfuhrzöllen, schikanöse Zertifizierungs- oder Einfuhrlizenzpflichten das Mittel der Wahl, um der heimischen Stahlindustrie zusätzliche Wettbewerbsvorteile zu sichern.

Die EU ist hingegen ein offener Stahlmarkt, es bestehen weder Einfuhrzölle noch nichttarifäre Handelshemmnisse für den Import von Stahlerzeugnissen. Mehr denn je sind daher die Europäische Kommission und auch die Mitgliedsstaaten gefordert, sich für einen freien und fairen Weltstahlhandel einzusetzen. Mit allen politischen und rechtlichen Möglichkeiten muss einer Abschottung der Weltstahlmärkte entgegengetreten und die EU-Stahlindustrie vor unfairen Handelspraktiken wie gedumpte Importen bewahrt werden.

Damit sich Marktkräfte entfalten können und Unternehmen ihre Potentiale voll ausschöpfen können, braucht es eine Politik, die sich am Wachstum orientiert. Dies ist heute mehr denn je notwendig. Es muss insbesondere vermieden werden, dass der Emissionshandel die deutschen und europäischen Stahlerzeuger gegenüber Drittländern derart belastet, dass sie am Weltmarkt ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Die EU-Kommission hat mittlerweile ihre Vorstellungen präzisiert, welche im Wettbewerb mit Drittländern stehende Industriebranchen weiterhin eine kostenlose Zuteilung von CO₂-Emissionsrechten erhalten sollen. Aber auch die Menge der zugeteilten Rechte muss wirtschaftlich verhältnismäßig sein, so dass bei der Bestimmung von Benchmarks als Zuteilungsgrundlage die technischen und wirtschaftlichen Potenziale der Stahlindustrie berücksichtigt werden müssen. Unter allen Umständen müssen indirekte Produktionsbeschränkungen und unfaire Kostenbelastungen vermieden werden.

Die Stahlindustrie als energieintensive Branche benötigt außerdem eine Kompensationsregelung für die emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen (Bild 10). Ab 2013 können die Mitgliedstaaten der EU die Erlöse aus der Versteigerung verwenden, um die höheren Strompreise auszugleichen. Warum so spät? Schon seit Einführung des Emissionshandels in 2005 preisen die Stromversorger die eigentlich weitgehend kostenfrei zugeteilten Zertifikate in die Strompreise ein. Seitdem ist die Stahlindustrie mit jährlichen Kostenbelastungen von mindestens 365 Millionen Euro konfrontiert. Das sind eine Million Euro pro Tag in Deutschland. Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Situation sind dies erhebliche Kostennachteile, besonders auch für die Elektrostahlwerke. Diese Belastungen treten zusätzlich zu den möglicherweise ab 2013 durch den Kauf von Zertifikaten anfallenden jährlichen Kosten von bis zu einer Milliarde Euro, wenn die Zuteilung der Zertifikate zu stark verknappt wird.

Auf die Stromkostenbelastungen durch den Emissionshandel weisen wir schon seit längerem hin. Eine Kompensation für die energieintensiven Industrien sollte daher jetzt schon eingeführt werden, um für Wettbewerbsgleichheit zu sorgen.

Für die Stahlbranche bleibt Klimaschutz von hoher Bedeutung. Gerade das in Deutschland hoch entwickelte Forschungsnetzwerk trägt dazu bei, Produkte zu entwickeln, die dem Bedürfnis der Bevölkerung nach einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen. Allerdings benötigt sie mehr denn je verantwortbare Lösungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht beschränken.

Stahl spielt eine bedeutende Rolle bei der Lösung vieler Zukunftsaufgaben, wie sichere Energieversorgung, Klimaschutz oder Mobilität. Die hochentwickelte Industrie in Deutschland kann dies leisten. Sie kann für die zahlreichen Herausforderungen Lösungen anbieten und erarbeiten. Entscheidend ist, dass der Staat verlässliche politische Rahmenbedingungen setzt.

2009 wird ein hartes Jahr für die Stahlindustrie in Deutschland. 2010 dürfte ein Jahr der Stabilisierung werden. Die mittelfristigen Perspektiven der Stahlindustrie in Deutschland sind jedoch positiv. Stahl bleibt industrieller Werkstoff Nr. 1.